

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Saibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

### Pressegesetz vom 17. December 1862.

wirksam für die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien, mit den Herzogthümern Auschwiz und Zator und dem Großherzogthume Krasau, das lombardisch-venetianische Königreich und das Königreich Dalmatien, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Friaul, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

#### Erster Abschnitt.

##### Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die mit dem Patente vom 27. Mai 1852 eingeführte Presßordnung wird sammt den darauf bezüglichen Nachtrags-Bestimmungen aufgehoben, und es soll künftig der Gebrauch der Presse nur durch das gegenwärtige Pressegesetz und die bestehenden Strafgesetze, soweit sie nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen eine Abänderung erleiden, geregelt werden.

Meine Behörden, der Reichsrath, die Landtage und Landesausschüsse, dann die Zentral-Kongregation des lombardisch-venetianischen Königreichs sind bezüglich derjenigen Druckschriften, die sie in ihrem gesetzlichen Wirkungsbereiche veröffentlichen, an die Bestimmungen des zweiten Abschnittes dieses Pressegesetzes nicht gebunden.

§. 2. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die unter der Militärgerichtsbarkeit stehenden Personen Anwendung, unbeschadet jedoch der besonderen Vorschriften, welche für dieselben in Ansehung der Disziplin bestehen.

§. 3. Das Recht zur Erzeugung, zum Verlage von Druckschriften und zum Verkehre mit denselben wird durch die Gewerbegesetze geregelt.

Es steht aber Jedermann frei, von ihm allein oder unter Mitwirkung Anderer, jedoch nach einem von ihm entworfenen selbstständigen Plane verfaßte Schriften in Selbstverlag zu nehmen, und in seiner Wohnung oder einem anderen ausschließlich dazu bestimmten Lokale für eigene Rechnung zu verkaufen.

Von der Eröffnung eines solchen Lokales ist jedoch der Sicherheitsbehörde vorläufige Anzeige zu erstatten. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 Gulden zu ahnden.

Das Recht zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift (§. 10) schließt auch das Recht zum Verlage derselben in sich.

Uebrigens kann die politische Landesstelle den Verkauf periodischer Druckschriften, die Sicherheitsbehörde des Ortes aber den Verkauf von Schulbüchern, Kalendern, Heiligenbildern, Orbeten und Gebetbüchern bestimmten Personen für einen zu bezeichnenden Bezirk auf Widerruf bewilligen.

Gegen Buchdrucker, Buchhändler und andere Inhaber eines der im §. 16, Z. 1, der Gewerbe-Ordnung vom 20. December 1859 aufgezählten Gewerbe kann die Entziehung der Gewerbeberechtigung außer dem Vollzuge eines Straferkenntnisses wegen Verletzung der allgemeinen Straf- oder Steuergesetze nur dann verhängt werden:

a, wenn der Gewerbetreibende wegen des Inhaltes einer von ihm gewerbmäßig erzeugten, verlegten oder verbreiteten Druckschrift eines Verbrechens, oder wenn derselbe aus Anlaß einer sol-

chen Schrift nach dem allgemeinen Strafgesetze oder wegen Vernachlässigung der pflichtmäßigen Obforge und Aufmerksamkeit innerhalb des Zeitraumes von zwei Jahren drei Mal eines Vergehens oder einer Uebertretung schuldig erkannt; b, wenn derselbe nicht wegen des Inhaltes einer Druckschrift, sondern wegen einer anderen im §. 7 der Gewerbe-Ordnung vom 20. December 1859 erwähnten Handlung verurtheilt worden ist, und nach der Beschaffenheit des Gewerbes und der Natur der begangenen strafbaren Handlung unter den gegebenen Umständen von dem Fortbetriebe des Gewerbes Mißbrauch zu befürchten ist.

Die Entziehung des Gewerbebefugnisses darf in den Fällen des Absatzes a. nur von dem verurtheilenden Gerichte und in der Regel nur für die Dauer eines Jahres, dann aber für immer ausgesprochen werden, wenn die in jenem Absätze festgestellten Voraussetzungen bei einem der gedachten Gewerbetreibenden eintreten, über welchen die zeitliche Entziehung der Gewerbeconcession schon einmal verhängt wurde.

In den im Absätze b. bezeichneten Fällen hingegen kann die Entziehung des Gewerbebefugnisses von der Gewerbebehörde, und zwar sowohl für eine bestimmte Zeit, als auch für immer, jedoch nur innerhalb drei Monaten, vom Eintritte der Rechtskraft des die Entziehung bedingenden Erkenntnisses an gerechnet, verhängt werden.

§. 4. Alles, was in diesem Gesetze bezüglich der Druckschriften angeordnet wird, hat nicht bloß für die Erzeugnisse der Druckerpresse, sondern auch für alle durch was immer für mechanische oder chemische Mittel vervielfältigte Erzeugnisse der Literatur und Kunst zu gelten.

§. 5. Wenn in diesem Gesetze dem Drucker eine Verpflichtung oder Verantwortlichkeit auferlegt wird, so ist darunter der Inhaber der Druckerei, oder, sofern er zur Besorgung derselben einen durch die Behörde genehmigten Geschäftsleiter bestellt hat, der Letztere zu verstehen.

Besteht ein solcher Geschäftsleiter, so sind die Geld- und Arreststrafen gegen diesen, die ersteren jedoch unter Haftung des Gewerbe-Inhabers zu verhängen. Wenn nach dem Gesetze die Entziehung der Gewerbeberechtigung eintreten hätte, so findet diese nur dann statt, wenn die Uebertretung mit dem Vorwissen des Gewerbe-Inhabers begangen wurde, und derselbe in der Lage war, die Uebertretung zu verhindern. Fällt diese dem verantwortlichen Geschäftsleiter zur Last, so ist dessen Befreiung von dem Betricbe des Gewerbes auszusprechen.

Die hier angeführten Bestimmungen sind auch in Beziehung auf die Verpflichtungen und die Verantwortlichkeit anzuwenden, welche in diesem Gesetze dem Verleger auferlegt werden.

§. 6. Als Verbreitung kann im Sinne dieses Gesetzes nur der Vertrieb, Verschleiß oder die Vertheilung von Druckschriften, sowie das Aufschlagen, Aufhängen oder Auflegen derselben an öffentlichen Orten, in Lesevereinen, Leihbibliotheken u. dgl. angesehen werden.

§. 7. Als eine periodische Druckschrift ist jene anzusehen, welche wenigstens Ein Mal im Monate, wenn auch in ungleichen Zeitabschnitten erscheint.

Darunter sind jedoch in Lieferungen erscheinende Werke, die ein abgeschlossenes Ganzes zu bilden bestimmt sind, nicht begriffen.

Als zugehöriger Bestandtheil eines Blattes oder Heftes ist jede Beilage anzusehen, die mit demselben gleichzeitig ausgegeben und nicht abgesondert im Pränumerationswege veräußert wird.

Dagegen müssen in Ansehung aller Blätter, welche sich ihrem Inhalte nach als selbstständige periodische Druckschriften darstellen und im Pränumera-

tionswege abgesondert veräußert werden, die für das Erscheinen periodischer Druckschriften gesetzlich vorgezeichneten Bedingungen auch dann abgesondert erfüllt werden, wenn sie in der Form von Beilagen einer anderen periodischen Druckschrift oder mit demselben Titel ausgegeben, unter welchem diese erscheint.

§. 8. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes finden auf strafbare Handlungen, welche vor dem Tage, an dem seine Wirksamkeit beginnt, begangen wurden, nur insofern Anwendung, als der Schuldige nach den bisherigen Gesetzen einer strengeren Behandlung unterliegen würde.

#### Zweiter Abschnitt.

Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Presssachen.

§. 9. Auf jeder Druckschrift muß nebst dem Druckorte der Name (die Firma) des Druckers und der des Verlegers oder bei periodischen Druckschriften statt des Letzteren der des Herausgebers angegeben werden.

Von dieser Verpflichtung findet eine Befreiung nur hinsichtlich solcher Erzeugnisse der Presse statt, welche lediglich den Bedürfnissen des Gewerbes und Verkehrs oder des häuslichen und geselligen Lebens zu dienen bestimmt sind, wie: Formulare, Preiszettel, Visitenkarten u. s. w.

Jedes Blatt (Nummer) oder Heft einer periodischen Druckschrift hat überdies auch den Namen wenigstens eines verantwortlichen Redakteurs zu enthalten.

Die Nichtbeachtung der in diesem Paragraphen vorgezeichneten Vorschriften ist an dem Drucker als Uebertretung mit 20 bis 200 fl., eine wesentlich falsche Angabe aber ist an jedem Schuldtragenden als Vergehen mit der erwähnten Geldstrafe und überdies mit Arrest von Einer Woche bis zu Einem Monate zu bestrafen.

§. 10. Wer eine periodische Druckschrift herauszugeben beabsichtigt, hat dieses vorläufig dem Staatsanwalt und der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde des Bezirkes, in welchem der Ort der Herausgabe gelegen ist, anzuzeigen.

Diese Anzeige hat Folgendes zu enthalten:

1. Die Bezeichnung (den Titel) der periodischen Druckchrift, die Zeitabschnitte ihres Erscheinens und einen Ueberblick der Gegenstände (Programm), welche sie zu behandeln bestimmt ist.

2. Den Namen und Wohnort eines verantwortlichen Redakteurs, und wenn deren mehrere auf dem Blatte genannt werden sollen, die Namen und Wohnorte Aller nebst der Nachweisung, daß ihre Eigenschaften und Verhältnisse den im ersten Absätze des §. 12 dieses Gesetzes vorgezeichneten Bedingungen entsprechen.

3. Den Namen und Wohnort des Druckers, sowie jenen des Verlegers, wenn derselbe vom Herausgeber verschieden ist.

Tritt während der Herausgabe einer periodischen Druckchrift in einem dieser Punkte eine Veränderung ein, so ist hiervon in der Regel noch vor der weiteren Herausgabe, wenn aber die Veränderung eine unworhergegebene ist, binnen drei Tagen die Anzeige an die genannten Behörden zu machen.

Sind die in der Anzeige über die bevorstehende Herausgabe einer periodischen Druckchrift enthaltenen Angaben und Nachweise unvollständig oder nicht genügend, so ist der Anzeiger von der Sicherheitsbehörde unter Hinweisung auf die Bestimmung des §. 11 zur Ergänzung aufzufordern; findet dagegen die Sicherheitsbehörde den Ausweis vollkommen entsprechend, so setzt sie den Anzeiger hiervon in Kenntniß und weist ihn, wenn die Verpflichtung zur Kautionseistung eintritt, zum Erlage derselben an, über dessen Vollzug er sich vor Beginn der Herausgabe bei dem Staatsanwalt und der Sicherheitsbehörde auszuweisen hat.



Wird binnen acht Tagen von Seite der Sicherheitsbehörde über die geschehene Anzeige oder über die Ergänzung derselben nichts verfügt, so kann, falls die Kaution, wo die Verpflichtung dazu eintritt, erlegt und der Erlag ausgewiesen wurde, mit der Herausgabe der periodischen Druckschrift begonnen werden.

§. 11. Wird mit der Herausgabe einer periodischen Druckschrift vor dem Erlage der Kaution oder vor Ablauf der im letzten Satz des §. 10 bezeichneten Frist begonnen, oder wird die vorgeschriebene Anzeige über eine während der Herausgabe eingetretene Veränderung binnen der im §. 10 bezeichneten Frist nicht erstattet, so sind der Herausgeber, Verleger, Redakteur und Drucker, so weit ihnen ein Verschulden zur Last fällt, einer Uebertretung schuldig, welche mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 fl. zu ahnden ist.

Enthielt die Anzeige falsche Angaben oder wurde ein gesetzlich Unfähiger (§. 12 zweiter Absatz) als Redakteur namhaft gemacht und ist darauf die Herausgabe der periodischen Druckschrift begonnen worden, oder leidet die Anzeige über eine während der Herausgabe eingetretene Veränderung an einem dieser Gebrechen, so sind die oben angeführten Personen, so fern ihnen die Unwahrheit der Angaben oder die Unfähigkeit des Redakteurs bekannt war, eines Vergehens schuldig und nebst einer Geldstrafe von 50 bis 500 fl. mit Arrest von einer Woche bis zu Einem Monate zu bestrafen.

In beiden angeführten Fällen kann die Herausgabe der Druckschrift bis zur Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen, und zwar im Falle des ersten Absatzes durch die Sicherheitsbehörde, im Falle des zweiten Absatzes durch das Gericht bei Einleitung der Untersuchung oder im Verlaufe derselben eingestellt werden.

Eine gegen die Einstellung erhobene Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12. Verantwortlicher Redakteur einer periodischen Druckschrift kann nur ein österreichischer Staatsbürger sein, welcher eigenberechtigt ist und am Orte ihres Erscheinens seinen Wohnsitz hat.

Gesetzlich unfähig zur Führung der verantwortlichen Redaktion einer periodischen Druckschrift sind Jene, welche durch das Gemeindegesetz wegen begangener strafbarer Handlungen von der Wählbarkeit für die Gemeindevertretung ausgeschlossen werden.

§. 13. Zum Erlage einer Kaution ist jeder Herausgeber einer periodischen Druckschrift verpflichtet, welche öfter als zwei Mal im Monate erscheint und, sei es auch nur nebenher, die politische Tagesgeschichte behandelt, oder politische, religiöse oder soziale Tagesfragen bespricht. Jedoch sind wissenschaftliche und Fachblätter, wenn sie nebenher Tagesfragen besprechen, die mit der Aufgabe derselben im Zusammenhange stehen, nicht kautionspflichtig. Für Blätter, welche von der Regierung herausgegeben werden, ist keine Kaution zu erlegen.

Die Entscheidung über die Verpflichtung zum Erlage einer Kaution steht bei erhobenem Einspruche der politischen Landesstelle und im weiteren Instanzenzuge dem Staatsministerium zu.

§. 14. Der Betrag der Kaution wird für periodische Druckschriften, welche in Wien oder in der Umgebung, d. i. bis zur Entfernung von zwei Meilen, erscheinen, mit achtaufend Gulden; an anderen Orten mit mehr als sechzigtausend Einwohnern oder in deren Umgebung mit sechstaufend Gulden; an Orten mit mehr als dreißigtausend Einwohnern und ihrer Umgebung mit viertausend Gulden, an allen übrigen Orten mit zweitaufend Gulden bestimmt. Für solche periodische Druckschriften jedoch, welche nicht öfter als drei Mal in der Woche erscheinen, ist nur die Hälfte der eben erwähnten Kautionbeträge zu erlegen.

Der Erlag hat bei den durch besondere Vorschriften bezeichneten Rassen in barem Gelde oder in auf Ueberbringer lautenden verzinslichen österreichischen Staatsschuldverschreibungen, in Grundentlastungs-Obligationen oder Pfandbriefen der Nationalbank oder der galizischen Kreditanstalt, nach dem Börsenkurse des Erlagtages berechnet, zu geschehen.

Die Kaution ist sechs Monate nach dem Aufhören des Erscheinens der Druckschrift, für die sie bestellt wurde, gegen die Bestätigung des Staatsanwaltes, daß aus Anlaß der Herausgabe jener Druckschrift weder eine Untersuchung anhängig, noch ein Strafvollzug oder Kostenersatz rückständig sei, zurückzustellen.

§. 15. Die Kaution unterliegt ganz oder zum Theile dem Verfall und haftet für alle aus Anlaß der Herausgabe der periodischen Druckschrift, für die sie bestellt wurde, in Folge Strafurtheils zu bezahlenden Geldstrafen und Kosten des Strafverfahrens auch dann, wenn der Erleger der Kaution für seine Person nicht strafbar befunden wurde.

Ist durch ein rechtskräftiges Erkenntniß die Kaution oder ein Theil derselben als verfallen erklärt, eine Geldstrafe oder ein Kostenersatz verfügt, so haben sich im ersteren Falle der Herausgeber, im letzteren

aber die Verurtheilten binnen drei Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Straferkenntnisses bei dem Staatsanwalte auszuweisen, daß der Erlag des ibidem zur Zahlung aufgelegten Betrages erfolgt sei; widrigens liegt dem Staatsanwalte ob, die Zahlung aus den als Kaution erliegenden Werthen zu veranlassen und zu diesem Ende, wenn die Kaution in Staatsschuldverschreibungen, Grundentlastungs-Obligationen oder Pfandbriefen geleistet wurde, diese bis zu dem erforderlichen Betrage börsenmäßig veräußern zu lassen.

Von dem Ergebnisse ist der Herausgeber zu verständigen.

§. 16. Wenn die Kaution durch die Vollziehung eines Strafurtheils vermindert worden ist, so muß die Ergänzung derselben längstens acht Tage nach erfolgter Verständigung bewerkstelligt und beim Staatsanwalte ausgewiesen werden, widrigens die Herausgabe der periodischen Druckschrift auf Veranlassung des Staatsanwaltes durch die Sicherheitsbehörde für so lange einzustellen ist, bis die Ergänzung ausgewiesen wird.

Die Einstellung ist auch dann zu verhängen, wenn aus Anlaß der Herausgabe einer periodischen Druckschrift, für welche keine Kaution erliegt, eine Verurtheilung zu Geldstrafe und Kostenersatz erfolgt und die Zahlung dieser Beträge nicht binnen acht Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Erkenntnisses bei dem Staatsanwalte ausgewiesen wird.

§. 17. Von jedem einzelnen Blatte oder Hefte einer periodischen Druckschrift hat der Drucker zugleich mit dem Beginne der Austheilung oder Versendung, von jeder anderen Druckschrift aber, welche nicht unter die Ausnahme des §. 9 fällt und nicht mehr als fünf Bogen im Drucke beträgt, wenigstens 24 Stunden vor der Austheilung oder Versendung bei der Sicherheitsbehörde des Ausgabeortes, und an Orten, wo ein Staatsanwalt seinen Sitz hat, auch bei diesem ein Exemplar zu hinterlegen.

Doch kann die Austheilung oder Versendung von Druckschriften letzterer Art mit Zustimmung der Sicherheitsbehörde, bezüglich der Staatsanwaltschaft, auch vor Verlauf der Frist von 24 Stunden stattfinden.

Die Nichtbeachtung der Vorschriften dieses Paragraphen ist am Drucker als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 fl. zu ahnden.

§. 18. Von jeder zum Verkaufe bestimmten Druckschrift, welche im Inlande verlegt oder gedruckt wird, ist, insofern sie nicht unter die im §. 9 erwähnten Ausnahmen fällt, an das Staatsministerium, an das Polizeiministerium, an die k. k. Hofbibliothek und an jene Universitäts- oder Landesbibliothek, welche durch besondere Kundmachung in jedem Verwaltungsgebiete als hiezu berechtigt bezeichnet wird, je ein Pflichtexemplar zu überreichen. Von jeder periodischen Druckschrift ist überdies ein Pflichtexemplar an den Chef des Verwaltungsgebietes, in welchem die Druckschrift erscheint, einzusenden.

Die Zusendung dieser Pflichtexemplare, welche die Portofreiheit genießt, hat bei periodischen Druckschriften in den regelmäßigen Zeitabschnitten ihres Erscheinens, bei anderen Druckschriften aber binnen längstens acht Tagen, von der Ausgabe der Schrift an gerechnet, zu geschehen, und es werden bei Druckwerken von besonders kostspieliger Ausstattung die wirklich bezogenen Pflichtexemplare mit dem nach besonderer Anordnung zu ermäßigenden Preise vergütet werden.

Die Ablieferung der Pflichtexemplare liegt dem Verleger, bei Druckschriften aber, auf welchen ein gewerbemäßiger Verleger nicht oder fälschlich genannt ist, oder welche im Auslande verlegt werden, dem Drucker ob.

Die Nichtbeachtung der diesfälligen Vorschrift wird an dem Verleger oder Drucker als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 5 bis 50 fl. geahndet, deren Erlag jedoch von der Pflicht zur Ablieferung des Exemplares nicht befreit.

§. 19. In eine periodische Druckschrift muß jede Verichtigung von darin mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer Behörde oder beteiligten Privatperson in das nach gestelltem Begehren zunächst erscheinende Blatt oder Heft, und zwar sowohl bezüglich des Ortes der Einreichung, als auch bezüglich der Schrift (Lettern) ganz in derselben Weise aufgenommen werden, in welcher der zu berichtende Artikel zum Abdruck gebracht war.

Ämtliche Verichtigungen sind stets, jene von Privatpersonen nur insofern unentgeltlich aufzunehmen, als der Umfang derselben das zweifache Maß des Artikels, gegen den sie gerichtet sind, nicht übersteigt; im entgegengesetzten Falle sind für das Mehr die üblichen Einrückungsgebühren zu entrichten.

Ueber das Begehren um Aufnahme einer Verichtigung ist auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen. Wird die Aufnahme einer Verichtigung verweigert, so ist dieselbe durch den Staatsanwalt zu bewirken, welcher bei fortgesetzter Weigerung nöthigenfalls das Erscheinen der periodischen Druckschrift bis zur Erfüllung der Verbindlichkeit durch die Sicherheitsbehörde einzustellen berechtigt ist. Die gegen den

Staatsanwaltschaftlichen Auftrag zur Aufnahme einer Verichtigung an den Oberstaatsanwalt ergriffene Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Findet der Staatsanwalt dem Ansuchen um Erlassung des Auftrages zur Aufnahme einer Verichtigung nicht zu willfahren, oder will sich der Beteiligte nicht an ihn wenden, so steht ihm frei, die Hilfe des Gerichtes in Anspruch zu nehmen, welches hierüber nach §. 21 zu verfahren hat.

§. 20. Eine periodische Druckschrift, welche Anzeigen (Inserate) aufnimmt, kann verhalten werden, ämtliche Erlasse, welche zur Veröffentlichung von der Behörde zugemittelt werden, jedoch nur gegen Vergütung der üblichen Einrückungsgebühren aufzunehmen.

Verfügungen und Erkenntnisse der Strafgerichte, welche in Folge einer wegen des Inhaltes einer periodischen Druckschrift eingeleiteten Untersuchung erlassen sind, müssen über den auf Verlangen des Staatsanwaltes oder Privatanklägers ergangenen Auftrag des Gerichtes in dem nächsten Blatte oder Hefte dieser Druckschrift, und zwar auf der ersten Seite desselben, kostenfrei aufgenommen werden.

§. 21. Die Weigerung des verantwortlichen Redakteurs, einen ihm vom Staatsanwalte (§. 19) oder einer Behörde überhaupt (§. 20) zur Aufnahme mitgetheilten Aufsatze in der gesetzlich vorgeschriebenen Art und Zeit abdrucken zu lassen, begründet eine Uebertretung und wird mit einer Geldstrafe von 20 bis 200 fl. bestraft.

Diese Bestrafung tritt auch dann ein, wenn der Redakteur in Folge der von einer Partei dem Gerichte unmittelbar oder wegen versagten Einschreitens von Seite der Staatsanwaltschaft (§. 19) erstatteten Anzeige der grundlosen Weigerung, eine thatsächliche Verichtigung aufzunehmen schuldig erkannt wird. Auch hat in diesem Falle das Gericht die Einstellung der Herausgabe der Druckschrift bis zur Erfüllung der Verpflichtung zu verfügen.

§. 22. Alle in den §§. 19 und 20 bezeichneten Schriftstücke müssen unverändert und ohne Einschaltung irgend einer Art abgedruckt werden.

Periodische Druckschriften, welche eine ämtliche Verichtigung oder eines der im §. 20 erwähnten Schriftstücke aufzunehmen verpflichtet sind, dürfen in demselben Blatte oder Hefte, in welchem der Abdruck erfolgt, weder Zusätze noch Bemerkungen über den Inhalt dieser Veröffentlichung aufnehmen.

Dem Abdrucke von Verfügungen oder Erkenntnissen der Strafgerichte, deren Veröffentlichung durch die Presse in Folge richterlichen Auftrages zu geschehen hat, dürfen derlei Bemerkungen oder Zusätze auch in solchen periodischen Druckschriften nicht beigelegt werden, welche die Veröffentlichung unternommen haben, ohne hiezu verpflichtet zu sein.

Die Verletzung dieser Vorschriften ist als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 20 bis 200 fl. zu belegen.

§. 23. Das Hausiren mit Druckschriften, das Ausrufen, Vertheilen und Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten und das Sammeln von Pränumeranten oder Subskribenten durch Personen, welche nicht mit einem hiezu von der Sicherheitsbehörde besonders ausgestellten Erlaubnißscheine versehen sind, ist verboten.

Ebenso ist das Aushängen oder Aufschlagen von Druckschriften in den Straßen oder an anderen öffentlichen Orten ohne besondere Bewilligung der Sicherheitsbehörde untersagt.

Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf Kundmachungen von rein ökonomischem oder gewerblichem Interesse, als: Theaterzetteln, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, von Vermietungen, Verkäufen u. dgl. Doch dürfen auch solche Ankündigungen nur an den von der Behörde hiezu bestimmten Plätzen angeschlagen werden.

Die Verletzung dieser Vorschriften wird an dem Schuldtragenden als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 5 bis 200 fl. bestraft. Die bei ungesetzlicher Verbreitung ergriffenen und die verbotswidrig angeschlagenen Druckschriften unterliegen dem Verfall.

§. 24. Wer eine Druckschrift ungeachtet des durch richterliches Erkenntniß ausgesprochenen, gehörig kundgemachten Verbotes, oder wer wissenstlich eine mit Verfall belegte Druckschrift weiter verbreitet, oder deren Inhalt durch den Druck veröffentlicht, macht sich eines Vergehens schuldig und ist mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 fl., bei wiederholter Verurtheilung aber überdies mit Arrest von Einer Woche bis zu Einem Monate zu bestrafen.

§. 25. In allen Fällen, in denen die Herausgabe einer periodischen Druckschrift durch die Sicherheitsbehörde (§§. 11, 16 und 19) oder durch richterliches Erkenntniß (§§. 11 und 38) eingestellt wurde, begründet die unbefugte Fortsetzung ihrer Herausgabe ein Vergehen, welches an den Schuldtragenden mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 fl. zu ahnden ist.

§. 26. Die Verbote bestimmter ausländischer Druckschriften, welche nach der Preßordnung vom 27. Mai 1852, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 122, im politischen



Bege erlassen wurden, sind durch dieses Gesetz aufgehoben. Insoferne jedoch derlei Druckschriften durch die Sicherheitsbehörde neuerlich mit Beschlagnahme belegt werden, hat der Staatsanwalt die Rechtfertigung der Beschlagnahme nach den Vorschriften des Verfahrens in Presssachen binnen längstens drei Monaten, vom Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes gerechnet, zu erwirken.

Die Entziehung des Pseudebites ausländischer Druckschriften kann nur vom Staatsministerium verfügt werden.

§ 27. Die Strafbarkeit der Vergehen und Uebertretungen, welche gegen die in diesem Abschnitte enthaltenen Bestimmungen begangen werden, erlischt, soferne sich nicht bei Anwendung der Bestimmungen des Strafgesetzes auf dieselben eine kürzere Verjährungszeit ergibt, in sechs Monaten, von dem Tage gerechnet, an welchem das Vergehen oder die Uebertretung begangen oder das eingeleitete Verfahren unterbrochen und nicht weiter fortgesetzt worden ist.

### Dritter Abschnitt.

Bestimmungen über die strafbaren Handlungen, welche durch den Inhalt von Druckschriften begangen werden.

§ 28. Insoferne durch den Inhalt einer Druckschrift eine nach den bestehenden Strafgesetzen strafbare Handlung begangen wurde, sind darauf die Bestimmungen dieser Gesetze anzuwenden.

Nach diesen Bestimmungen ist daher auch die Strafbarkeit jener Personen zu beurtheilen, welche zur Drucklegung oder Verbreitung eines Erzeugnisses der Presse mitgewirkt haben.

Die hienach begründete Strafbarkeit wird durch die der Druckschrift beigelegte Erklärung, mit dem Inhalte eines zur Veröffentlichung gebrachten Aufsatzes nicht einverstanden zu sein oder eine Mittheilung nicht vertreten zu wollen, eben so wenig als durch den Umstand aufgehoben, daß ein Anderer die Verantwortlichkeit allein übernehmen zu wollen erklärt.

Dagegen kann für wahrheitsgetreue Mittheilungen öffentlicher Verhandlungen des Reichsrathes und der Landtage Niemand zur Verantwortung gezogen werden.

§ 29. Der Verfasser einer von demselben zur Veröffentlichung durch die Presse bestimmten, den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens begründenden Druckschrift ist, wenngleich ihm dieses Verbrechen oder Vergehen nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafgesetzes nicht zugerechnet werden kann, dennoch für die Vernachlässigung jener Aufmerksamkeit verantwortlich, durch deren pflichtmäßige Anwendung der strafbare Charakter des Inhaltes der Schrift hätte vermieden werden können.

§ 30. Dem Herausgeber oder Verleger einer Druckschrift strafbaren Inhaltes fällt die Vernachlässigung pflichtmäßiger Obforge und Aufmerksamkeit zur Last, wenn nicht der Erstere einen Verfasser, der Letztere aber einen Verfasser oder Herausgeber schon bei der ersten gerichtlichen Vernehmung namhaft zu machen und auszuweisen vermag, welcher zur Zeit, da die Druckschrift zur Herausgabe oder zum Verlage übernommen wurde, in dem Bereiche jener Länder seinen bleibenden Aufenthalt hatte, für welche dieses Pressgesetz gilt.

§ 31. Dem Drucker ist die Vernachlässigung der pflichtmäßigen Aufmerksamkeit und Obforge zur Last zu legen, wenn bei der Drucklegung die Vorschriften der §§ 9 und 17 nicht beobachtet wurden, oder wenn auf der Druckschrift kein inländischer Verleger genannt ist, und wenn für den Drucker nicht jene Befreiungsgründe sprechen, welche nach § 30 dem Verleger zu Statten kommen; dem Verbreiter aber dann, wenn die Verbreitung auf eine durch das Gesetz untersagte Weise geschah (§ 23), wenn eine Druckschrift ungeachtet des durch richterliches Erkenntniß ausgesprochenen, gehörig kundgemachten Verbotes, oder wenn wissentlich eine mit Beschlagnahme belegte Druckschrift weiter verbreitet wurde, wenn auf der Schrift die Angabe des Ortes des Erscheinens gänzlich fehlt, oder weder der Verfasser, noch ein gewerbemäßiger Verleger angegeben ist, oder die Unrichtigkeit dieser Angaben erkennbar war, endlich dann, wenn im Auslande erschiene und hier verbreitete Schriften durch ihren Titel oder Gegenstand, durch den bekannten Namen des Verfassers, durch das, was dem Verbreiter über den Inhalt derselben bekannt wurde, oder durch die Art der Zusendung die Aufmerksamkeit zu erregen geeignet waren.

§ 32. Der Redakteur einer periodischen Druckschrift strafbaren Inhaltes ist für die Vernachlässigung pflichtmäßiger Obforge und Aufmerksamkeit jederzeit verantwortlich.

Von dieser Verantwortlichkeit wird er weder durch die Beifügung allgemeiner oder besonderer Verwahrungen, noch auch durch die Erklärung eines Andern, daß er die Verantwortung allein übernehmen wolle, befreit.

§ 33. Die Personen, welchen im Sinne der §§ 29, 30, 31 und 32 die Vernachlässigung pflichtmäßiger

Obforge oder Aufmerksamkeit bezüglich einer Druckschrift zur Last fällt, machen sich, wenn der Inhalt der Schrift ein Verbrechen begründet, eines Vergehens, wenn hingegen derselbe nur ein Vergehen darstellt, einer Uebertretung schuldig, und sind im ersten Falle mit Arrest von Einem bis zu sechs Monaten, im letzteren Falle dagegen mit einer Geldstrafe von 20 bis 200 fl. zu belegen.

§ 34. Die §§ 28, 29, 30, 31 und 32, dann der letzte Satz des § 493 des Strafgesetzes werden aufgehoben. An ihre Stelle treten die in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen.

§ 35. Wird Jemand wegen des Inhaltes einer Druckschrift, für welche nach § 13 eine Kaution zu erlegen war, eines Verbrechens oder Vergehens schuldig erkannt, so ist nebst der in den bezüglichen Gesetzen ausgesprochenen Strafe auch auf Verfall der Kaution zu Gunsten des Armenfondes jenes Ortes zu erkennen, wo die strafbare Handlung verübt worden ist.

Der Verfall der Kaution ist, wenn eine Verurtheilung wegen eines Verbrechens erfolgte, für welches nach dem Gesetze auf eine mehr als fünfjährige Kerkerstrafe erkannt werden kann, vom halben bis zum vollen Betrage, bei allen anderen Verbrechen im Betrage von dreihundert Gulden bis zur Hälfte der Kaution, endlich bei allen Vergehen im Betrage von sechzig bis dreihundert Gulden auszusprechen, und es kann der Gerichtshof hierbei niemals unter das geringste gesetzliche Ausmaß herabgehen.

Auch in Fällen, wo Jemand aus Anlaß des Inhaltes einer solchen Druckschrift wegen Vernachlässigung der pflichtmäßigen Obforge verurtheilt worden ist, muß der Verfall der Kaution mit Rücksicht auf jenen Inhalt, je nachdem darin der Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens erkannt wurde, nach dem eben erwähnten Ausmaße verhängt werden.

§ 36. Mit jedem gerichtlichen Erkenntniß, das den Inhalt einer Druckschrift (eines Blattes, Heftes oder Werkes) als Verbrechen erklärt, ist auch das Verbot ihrer weiteren Verbreitung zu verbinden.

Dieses Verbot kann das Gericht auch dann aussprechen, wenn es in dem Inhalte einer Druckschrift nur ein Vergehen oder eine Uebertretung erkennt.

Jedes gerichtliche Verbot der Verbreitung einer Druckschrift ist durch die amtlichen Blätter kundzumachen.

§ 37. In allen Fällen, wo das Verbot einer Druckschrift ausgesprochen wird, kann das Gericht auch auf die Vernichtung der für strafbar erklärten Druckschrift im Ganzen oder eines Theiles derselben, sowie auf die Zerstörung der zu deren Vervielfältigung geeigneten Einrichtung, des Satzes, der Platten, Formen, Steine u. dgl. erkennen.

Die Vernichtung von Druckschriften erstreckt sich jedoch nicht auf jene Exemplare, welche bereits in den Besitz dritter Personen zu eigenem Gebrauche übergegangen sind.

§ 38. Auf die Einstellung des weiteren Erscheinens einer periodischen Druckschrift, und zwar bis auf die Dauer von drei Monaten, kann das Gericht nur über besonderen Antrag des Staatsanwaltes dann erkennen, wenn durch den Inhalt derselben ein mit mehr als fünfjähriger Kerkerstrafe bedrohtes Verbrechen, oder innerhalb der Frist eines Jahres entweder zwei Mal ein geringer bestrafbares Verbrechen, oder ein solches Verbrechen und ein Vergehen, oder drei Mal ein Vergehen begründet wurde.

Unter den nämlichen Voraussetzungen kann das Gericht das Verbot der weiteren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift aussprechen.

§ 39. Wenn der Staatsanwalt oder der Privatankläger auf Veröffentlichung des aus Anlaß einer Druckschrift ergangenen Straferekenntnisses anträgt, so hat das Gericht auch darüber zu erkennen, und den Zeitpunkt, sowie die Art der Veröffentlichung, welche auf Kosten des Verurtheilten zu geschehen hat, genau zu bestimmen.

§ 40. Bezüglich der Verjährung einer durch eine Druckschrift verübten strafbaren Handlung gelten zwar im Allgemeinen (§ 28) die Grundsätze des Strafgesetzes. Indessen ist selbst in dem Falle, wo bezüglich einer solchen Handlung nach diesen Grundsätzen die Verjährung noch nicht eingetreten ist, jede weitere Verfolgung ausgeschlossen, wenn seit dem Erscheinen der Druckschrift oder dem Beginne ihrer Verbreitung im Inlande sechs Monate verfloßen sind, und während derselben eine strafgerichtliche Verfolgung im Inlande, obgleich eine solche möglich war, gegen keinen der Schuldigen eingeleitet oder das eingeleitete Verfahren durch eben so lange Zeit nicht fortgesetzt wurde.

Dieselben Grundsätze gelten auch hinsichtlich der Verjährung jener Vergehen oder Uebertretungen, welche durch Vernachlässigung pflichtmäßiger Obforge oder Aufmerksamkeit in Bezug auf Druckschriften begangen werden.

§ 41. Das Staatsministerium und die Ministerien der Justiz, des Krieges und der Polizei sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, den 17. Dezember 1862.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

Decséry m. p. Degenfeld m. p. Schmerling m. p. Vasser m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:  
Freiherr v. Ransonniet m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

### 6. Sitzung des krainischen Landtages

vom 24. Jänner.

Beginn der Sitzung 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Das Protokoll wird verlesen und mit einer Berichtigung angenommen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, der Antrag des Comité's für das Gemeindegesetz, dahin lautend: „Zwischen den Landtag und die Gemeinden ist eine Bezirks-, Gau- oder Kreisvertretung nicht einzufügen“ kommt zur Verhandlung.

Abg. v. Apfalter als Berichterstatter motivirt diesen Antrag in einer längeren, ausgezeichneten Rede.\*) Er theilte mit, daß der Ausschuß nach genauester Erwägung der Verhältnisse, nach eindringlichster Prüfung der Vortheile, welche aus einer Bezirksvertretung entspringen können, zu der Einsicht gelangt sei, daß in Krain kräftige, lebensfähige Gemeinden einerseits und der Landtag andererseits vollständig genügen, um Alles das zu erreichen, was durch das neue Gemeindegesetz erreicht werden soll. Für größere Länder, wie z. B. Böhmen, sei die Einführung der Bezirksvertretung am Platze; in Krain dieselbe einzuführen sei noch Zeit genug, wenn man gesehen habe, wie sie sich in andern Kronländern bewähre. Er empfehle daher den Antrag des Comité's zur Annahme.

Abg. Mully tritt den Ansichten des Comité's entgegen und zählt alle Vortheile auf, welche aus der Bildung von Bezirksgemeinden entspringen können, namentlich betont er den leichtern Verkehr der Gemeinden unter sich und mit dem Landtag, wenn eine solche Zwischenstation gebildet werde, und stellt den Antrag: Die Bildung von Bezirksgemeinden werde zugelassen.

Abg. Derbitsch spricht im Sinne des Berichterstatters, indem er die Bezirksgemeinde als etwas künstliches bezeichnet, als ein Experiment, das entweder zur Comitatswirtschaft, oder wieder zu dem glücklich beseitigten Kreisamt führe, und stets eine Beschränkung der Autonomie sein werde.

Abg. Saborz (Slovenisch) erklärt sich für den Ausschusantrag, wünscht aber, daß bei der Konstituierung der Gemeinde auf die ehemalige Einrichtung der Ober- und Untergemeinden mit Ober- und Unterlicher Rücksicht genommen werde.

Abg. Kromer spricht für den Ausschusantrag.

Abg. Toman ergreift das Wort, einmal, um auch sein Schärfelein zur Beurtheilung der Frage beizutragen, dann um zu erklären, warum er sich auf die Seite des Berichterstatters stelle. Er vergleicht Quelle, Bach, Fluß, Strom und Meer mit Familie, Gemeinde u. und findet, daß zwischen Landtag und Gemeinde ein dem Fluß entsprechendes Glied fehle. Er erklärt sich für die Bezirksvertretung und vertheidigt dieselbe gegen die Ansprüche des Abg. Derbitsch, indem er sie „den Hort der Autonomie“ nennt und sagt, wenn die Bezirksvertretung ein Experiment sei, so sei auch der Landtag, sowie der Reichsrath ein Experiment. Weil er jedoch finde, daß ihre Einführung gegenwärtig nicht praktisch sei, so erkläre er sich für den Ausschusantrag.

Abg. Derbitsch bemerkt, daß eine freie Vereinigung mehrerer Gemeinden zu gemeinschaftlichen Zwecken durch das Gemeindegesetz gestattet sei.

Abg. Apfalter, der als Berichterstatter das letzte Wort erhielt, widerlegt die von Mully und Toman aufgestellten, die Bildung von Bezirksgemeinden dafür wartenden Gründe in schlagendster Weise. Er sagt, die Bezirksvertretung würde stets der Deckmantel für bureaukratische Bevormundung sein, sie sei, wenn Dr. Toman unsere Verfassung ein Experiment zu nennen beliebe, nur ein den konstitutionellen Apparat komplizirter machender Faktor, und was den Hort der Autonomie beträfe, so sei doch zunächst der Landtag berufen, dieselbe zu wahren. (Bravo). Wenn der Landtag Tüchtiges und Praktisches schaffe, so sei er die festeste Stütze der Verfassung. (Lebhaftes Bravo). Man lasse Zeit in's Land gehen; bewährt sich die Bezirksgemeinde dort, wo sie eingeführt wird, so

\*) Wir werden diese interessante Rede aus dem stenographischen Berichte vollständig bringen.



kann sie in Krain immer noch eingeführt werden. Er stellte nochmals den Antrag auf Annahme des Ausschufsantrages. (Allgemeines Bravo).

Bei der nach einer Pause von 10 Minuten vorgenommenen Abstimmung fällt der Antrag Mullen's und wird der Ausschufsantrag, keine Bezirksgemeinden zu gründen, zum Beschluß erhoben.

Schluß der Sitzung 12<sup>30</sup> Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch. Tagesordnung: Geschäftsordnung.

## Oesterreich.

**Wien, 22. Jänner.** Anlässlich der Berathung der Geschäftsordnung für die einzelnen Landtage schreibt die „G. C.“, ist in vielen derselben eine Frage Gegenstand lebhafter Debatten geworden, die unserer Anschauung nach schon im Verlaufe der jüngsten Reichsrathssession ihre sowohl theoretische als auch praktische Lösung gefunden hat; die Frage nämlich: „Ob den Vertretern der Regierung das Recht zustehe, den Berathungen der Ausschüsse beizuwohnen?“ Die Landtage haben sich dieser von ihnen neu aufgenommenen Frage gegenüber sehr verschieden gestellt. Wird diese Frage prinzipiell und objektiv in das Auge gefaßt, so ergibt sich vor Allem unzweifelhaft, daß es sich in ihr nicht nur um eine bloße innere Angelegenheit des Landtages, sondern direkt um Befugnisse und Rechte der Regierung handelt, welche durch die Geschäftsordnung der Landtage weder interpretirt, noch weniger aber geschmälert werden können. Der Regierungskommissär für den Landtag ist offenbar ein außerhalb des Landtages stehender Faktor, dessen Beziehungen zu dem letzteren durch die Landesordnungen normirt sind und daher durch die Geschäftsordnung eines Landtages in keiner Weise einseitig alterirt werden können. Die Landesordnungen räumen aber den Länderchefs oder den von denselben abgeordneten Kommissären ausdrücklich das Recht ein, im Landtage und daher auch in den dazu gehörigen Ausschüssen zu erscheinen und dort jederzeit das Wort zu nehmen. Vom Standpunkte der Utilität stellt sich die Sache noch klarer dar, da ja die Anwesenheit des Vertreters der Regierung der durch seine Theilnahme an der Berathung alle nöthigen Aufklärungen zu ertheilen Gelegenheit hat, im Interesse der Ausschussberatung selbst, und daher eine Grundbedingung für eine erfolgreiche Thätigkeit der Landtage ist. Wollte man nur zugestanden werden, daß die Organe der Regierung bei den Ausschussberatungen nur über besondere Einladungen erscheinen können, dann würde der Regierungskommissär zu der Rolle eines Sachverständigen herabsinken, es würde ein Verfahren Platz greifen müssen, welches wohl Jedermann mit der Würde und Autorität der Regierung geradezu unvereinbar finden wird. Der Befürchtung endlich Raum zu geben, daß die Anwesenheit des landesfürstlichen Kommissärs die Ausschüsse und ihre Beratungen beirren oder beeinflussen könnte, hieße die Unabhängigkeit der Landtagsabgeordneten in Zweifel stellen.

**Prag, 20. Jänner.** Gestern fand in der hiesigen Handels- und Gewerbekammer die Neuwahl eines Präsidenten und Vizepräsidenten Statt. Zum Präsidenten wurde Fabrikant Max Dormitzer, zum Vizepräsidenten Herr Richard Dohauer wiedergewählt.

## Deutschland.

**Berlin, 20. Jänner.** Ein Kabinettsbefehl des Königs Wilhelm ordnet nun an, daß der 15. Februar als 100jähriger Gedenktag der Hubertusbürger Friedensfeier und der 17. März als 50jähriger Gedenktag des Aufbruchs: „An mein Volk“ in allen Kirchen und Schulen Preußens zu feiern ist. In Berlin wird der König den Grundstein zu einem Denkmal für seinen Vater Friedrich Wilhelm III. legen und ein Festmahl veranstalten, zu dem alle Inhaber des eisernen Kreuzes geladen sind. In der ganzen Monarchie sollen an den Festtagen den Veteranen Dinners gegeben werden. Zum Vorsitzenden des Festkomite's hat der König den Feldmarschall Wrangel ernannt.

## Großbritannien.

Aus London erhält die „Gen.-Corr.“ von wohlunterrichteter Seite folgende inhaltschwere Zeilen: „Eine wichtige Bedingung zum Verbleiben auf der Höhe einer Weltmacht, wie England sie ist, bildet die möglichst kurze Verbindungslinie mit Ostindien. Wir haben Ursache zu glauben, daß die Studien, welche Sir Henry Bulver jüngst in Egypten gemacht hat, den Irrthum, dem die britische Regierung auf die Autorität Stephenson's hin bisher huldigte, daß nämlich die erfolgreiche Durchstechung der Landenge von Suez eine Chimäre sei, gänzlich — nachdem man es in London privatim ohnehin schon anders wußte zerstreut haben.“ Die „Gen.-Corr.“ fügt dieser Nachricht die folgende Bemerkung hinzu: „Dieß ist ein Moment, das Beachtung verdient und die neueste

Politik Englands in Bezug auf Griechenland einigermaßen erläutert.“

## Türkei.

**Cairo, 20. Jänner.** (Ueber Paris). Gestern hat der Vizekönig das Konsularkorps empfangen; die Konsuln beglückwünschten ihn und sprachen von seiner Regentenschaft (während der Abwesenheit Said Pascha's) in schmeichelhaften Ausdrücken. Ungeachtet der Schwierigkeiten seiner Stellung erwarb sich der Vizekönig damals die lebhafteste Sympathie der Bevölkerung und flößte der ganzen fremden Kolonie tiefe Achtung ein. Derlei Antecedenzen bieten die besten Garantien für die Zukunft Egyptens, welche die Bewohner des Landes und die anderen Nationalitäten interessirt. Der Vizekönig dankte und fügte hinzu: Ich kenne genau meine Aufgabe, welche ich unter den Auspizien meines erhabenen Souverains würdig zu erfüllen hoffe.

Ich bin fest entschlossen, mich dem Lande mit aller Energie zu weihen. Die Grundlage jeder guten Verwaltung ist die Ordnung in den Finanzen. Ich werde ein entschiedenes Beispiel geben, das alte System aufzugeben und eine Civilliste aufzusetzen, welche ich nie überschreiten werde. Diese Maßregel wird die Entwicklung der Agrikultur und das verhängnisvolle System der Frohne abzuschaffen gestatten, welches das Land verhindert, zur vollen Entwicklung zu gelangen. Der Freihandel wird bei diesen Maßnahmen seine Berücksichtigung finden. Ebenso wird in sittlicher Beziehung der Unterricht, welcher die Grundlage jedes Fortschrittes ist, und gute Gerechtigkeitspflege berücksichtigt werden, welche die Sicherheit in den europäischen Beziehungen zum Ergebnisse haben wird. Er hoffe, die Konsuln werden ihm stets ihre Mitwirkung angedeihen lassen. Beauval nahm das Wort und sagte: Die französische Regierung habe immer empfohlen, daß das System (des Frohndienstes) nicht bei den Suez-Kanalbauten angewendet werde. Der Vizekönig antwortete, er habe niemals gedacht, daß Frankreich ein solches System beschütze und habe vom Suez-Kanal nicht sprechen wollen. Die Rede des Vizekönigs erregte große Sensation.

## Aus den Landtagen.

**Graz, 21. Jänner.** Bei der heutigen Debatte über die Errichtung eines Erzherzog Johann-Monuments waren die Meinungen nur darüber getheilt, inwiefern die Privatbetheiligung durch Subskription herangezogen werden sollte. Dr. Michmaier's Antrag, die Kosten einzig und allein auf dem Wege der freiwilligen Betheiligung zu decken, wurde von Herrnmann unter Hinweisung auf die bereits so sehr angespannten Steuerkräfte unterstützt, bei namentlicher Abstimmung aber mit 37 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Waltham's hingegen, welcher die Privatbetheiligung in den Vordergrund stellt, subsidiär aber die Landesmittel zur Verfügung stellt, wurde vom Landes-Ausschusse akzeptirt und vom Hause angenommen.

**Prag, 20. Jänner.** Unser Landtag legt ein sehr breites Fundament zu seinen Arbeiten; es sind seit seiner Eröffnung vierzehn Tage vorüber, und er ist noch immer mit der Konstituierung seines parlamentarischen Apparates beschäftigt. Seine Bewegung wird auch dadurch sehr schwerfällig, weil alle Anträge, Aktenstücke, Protokolle u. s. w. in den beiden Landessprachen vorgetragen werden. Es ist dieß eine Nothwendigkeit, aber sie ermüdet; irgend ein Kompromiß wäre angezeigt; es wird aber kaum dazu kommen. Die Regierungs-Vorlagen sind sehr umfangreich. Man kann berechnen, daß die Verhandlungen über die Gemeindeordnung, Bezirksvertretung, Straßenkonfurrenz, Bauordnung u. s. w., die andern Beratungen vorangehen müssen, mehr als zwanzig Sitzungen in Anspruch nehmen werden. Unsere Nationalen, die gegenüber dem Reichsrathe in Wien so große Hoffnungen auf den Landtag setzten, und annahmen, dieser werde jenen in seinen Arbeiten und in seiner Bedeutung überreichen, sind kleinmüthig geworden; der rein geschäftliche Charakter, den der Landtag zu behalten droht und durch den er dem Lande nützlich wird, sagt ihnen wenig zu, man weist, wie zur Entschuldigung, auf die große Anzahl der Mitglieder hin, gegenüber von anderen Landtagen hin, die bei einer geringeren Zahl rascher vorwärts kommen.

## Tagesbericht.

**Wien, 24. Jänner.**

Das Wohlbefinden Ihrer Majestät der Kaiserin macht so erfreuliche Fortschritte, daß die hohe Frau von nun an täglich wieder die Hofreitschule zu kurzen Reitübungen benützen kann.

Ihre Majestät die Königin von Neapel wird dieser Tage in Venedig erwartet, und dort mit dem ihr von Rom entgegen kommenden Könige zusam-

mentreffen. In Venedig werden der König und die Königin einige Zeit verweilen, und, wie es heißt, wird auch Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth für einige Zeit zum Besuche in Venedig erwartet.

Der Redakteur des „Risikist“, Herr O. J. Berg, wird seine einmonatliche Arrêtsstrafe am Montag den 26. Jänner d. J. antreten, nachdem sein allerb. Orts überreichtes Begnadigungsgesuch ohne Erfolg zurückgelangt ist.

**Wien, 25. Jänner.**

Nächsten Mittwoch findet im Rittersaale ein großer Hofball Statt, zu dem die Minister, die Generalität, das diplomatische Korps und der gesammte hoffähige Adel geladen wurden. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, alle Erzherzöge und Erzherzoginnen werden an diesem Ballfeste theilnehmen.

Am Freitag Nachmittags war eine überaus lebhafteste Praterfahrt. Die Equipagen stockten in langer Reihe, wie bei Raifahrten, von der Ferdinands-Brücke bis zum Praterstern. Das Wetter war wie im Frühlinge. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin nahmen daran Theil und ritten in der Hauptallee zu Pferde. Das sehr zahlreich versammelt gewesene Publikum begrüßte lebhaft die Majestäten bei ihrem Erscheinen.

Die „G. C.“ schreibt: „Der angeblich aus Bukarest nach Paris gelangten Nachricht, daß Fürst Cusa auf dem Punkte stehe, zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg die Regierung niederzulegen, wird in unterrichteten Kreisen jede Begründung abgesprochen.“

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 23. Jänner.** Die „Kreuzzeitung“ meldet: Das Petersburger Kabinet protestire gegen die Kandidatur des Herzogs von Coburg; derselbe stehe als Onkel des Prinzen Alfred dem englischen Königs-hause mindestens eben so nahe, wie der Herzog von Leuchtenberg dem russischen Kaiserhause.

**Berlin, 24. Jänner.** Die „Norddeutsche Ztg.“ schreibt: Wie wir hören, ist aus Thorn die Nachricht eingegangen, daß im Königreiche Polen, wahrscheinlich in Folge der Aushebung, eine Revolte ausgebrochen sei. Die Telegraphenbrüste rings um Warschau seien zerstört. Bei Plock erwartet man einen Zusammenstoß des Militärs mit den Insurgenten.

**Rom, 23. Jänner.** Das nationale Komitè erklärt in einem Manifeste, daß es die Richtung seines Verhaltens nicht geändert habe; es erkenne keine andere Autorität, als jene der Regierung des Königs an; dasselbe Komitè eröffnet eine Subskription zur Unterstützung der Opfer des Brigantenthums.

**Kassel, 24. Jänner.** Generalleutnant Haynan ist heute früh plötzlich gestorben; gerüchtweise verlautet, er habe sich entleibt.

**Paris, 23. Jänner.** Der „Moniteur“ seht wegen der Sprache der englischen Blätter auseinander, Frankreich habe vom Vizekönig von Egypten ein Regiment Neger für Mexiko verlangt, da diese nicht am gelben Fieber leiden. Der Vizekönig konnte bloß über 450 Mann verfügen, welche in Veracruz in Garnison bleiben werden. Diese Maßnahme wurde zu einem Humanitätszwecke ergriffen, und kann keinen Tadel erwecken.

**Paris, 24. Jänner.** Der „Moniteur“ enthält eine Depesche von Jurien de la Gravière aus Veracruz vom 16. Dezember, welche gute Nachrichten von der Armee meldet, die sich auf dem Plateau rasch vorwärts bewegt. Aus New-York sind 1630 Maulthiere eingetroffen.

**St. Petersburg, 23. Jänner.** Das Journal „Unsere Zeit“ konstatiert, daß großartige Betrügereien und eine systematische, unerhörte Fälschung der Bücher bei der Moskau-Wolgagoroder Eisenbahn stattgefunden haben, und meldet, daß dießfalls bereits die Untersuchung eingeleitet worden sei.

## Handels- und Geschäftsberichte.

Wochenausweis der Nationalbank. (Veröffentlicht nach den Bestimmungen der Bankakte.) Banknotenumlauf 423,486,005. Hiervon ab 149,102,797, nämlich in Banknoten rückzahlbare Staatsschuld und Kauffchillingsraten für Staatsgüter 117,652,873, Silber-Depot des Staates 4,490,948, am Schlusse dieses Monates baar zu begleichende Forderung der Bank aus der kommissionsweisen Besorgung des Hypothekar-Anweisungs-Geschäftes 488,628, zu realisirende Effekten 26,470,347. Verbleiben 274 Mill. 383,207 Bedeckung. Metallsdag 105 Mill. 70,900, in Silber rückzahlbare Forderungen der Bank 42 M., Escompte 66 M., Darlehen 52,306,000, eingelöste Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 477,605, 20 Mill. eingelöste Pfandbriefe à 66 % 13,333,333.



# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, 24. Jänner. (Mittags 1 1/2 Uhr.) (W. Stg. Still aber fest. Fremde Valuten ohne Begehr schließen bei sehr wenig Umsatz um ein paar Schenkel billiger. Fonds: papiere behauptet, auch Grundentlastungs-Obligationen wieder mehr gefragt. 1860er-Lose fortan für Kapitalanlage gesucht. Bank-Aktien beliebt und um einige Gulden höher. Bahnen still, Geld sehr flüssig.

Österreichische Schuld.				Geld				Geld			
A. des Staates (für 100 fl.)				Böhm. Eisenbahn				Geld			
In österr. Währung zu 5%	69.40	69.50	Bar.	Ob. u. D. u. Salz. zu 5%	84.—	85.—	Währ.	Salz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	220.—	220.50	Währ.
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.	93.60	93.80	Bar.	Böhmen	86.—	86.50	Währ.	G. m. 180 fl. (90%)	430.—	432.—	Währ.
ditto ohne Abschritt 1862	92.—	92.50	Bar.	Steiermark	87.—	88.—	Währ.	Def. Den. Dampfsch.-Ges.	236.—	238.—	Währ.
National-Anleihen mit			Bar.	Mähren u. Schlesien	87.—	88.—	Währ.	Wiener Dampf.-u. M.-Ges.	385.—	390.—	Währ.
Jänner-Coupons	82.15	82.25	Bar.	Ungarn	75.20	75.50	Währ.	Best. Kettenbrücken	402.—	404.—	Währ.
National-Anleihen mit			Bar.	Tem. Van. Kro. u. Slav.	73.90	74.20	Währ.	Böhm. Weibahn zu 200 fl.	169.75	170.—	Währ.
April-Coupons	82.25	82.35	Bar.	Galizien	74.—	74.25	Währ.	Heidbahn-Aktien 200 fl. G. M.	147.—	—	Währ.
Metalliques	75.40	75.50	Bar.	Siebenb. u. Bukow.	72.75	73.75	Währ.	Pfundbriefe (für 100 fl.)			
ditto mit Mai-Coup.	76.—	76.10	Bar.	Venetianisches Anl. 1859	92.—	92.50	Währ.	National-Glück v. 3. 1857 5%	104.25	104.50	Währ.
ditto	66.75	67.25	Bar.	Aktien (pr. Stück).				Bank auf 10 „ ditto	100.—	100.50	Währ.
mit Verlosung v. Jahre 1839	145.75	146.75	Bar.	Nationalbank	823.—	824.—	Währ.	G. M. verlosbare	90.—	90.25	Währ.
„ 1854	92.25	92.75	Bar.	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	228.—	228.10	Währ.	Nationalb. auf d. W. verlosb. 5 „	85.60	85.75	Währ.
„ 1860 zu	92.70	92.80	Bar.	R. d. Escam.-Ges. 500 fl. d. W.	660.—	662.—	Währ.	Lose (per Stück.)			
zu 100 fl.	94.—	94.25	Bar.	R. Ferd.-Nordb. 1000 fl. G. M.	1858.—	1859.—	Währ.	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	133.—	133.25	Währ.
Gemeindef. zu 42 L. Austr.	17.—	17.50	Bar.	Staats-Glück. Ges. zu 200 fl. G. M.	234.—	234.50	Währ.	zu 100 fl. d. W.	98.50	99.—	Währ.
B. der Kronländer (für 100 fl.)				über 500 fr.	153.—	153.50	Währ.	Don. Dampfsch.-G. zu 100 fl. G. M.	36.—	36.50	Währ.
Grundentlastungs-Obligationen.				Kais. Glück.-Bahn zu 200 fl. G. M.	131.—	131.50	Währ.	Stadtgem. Dsen „ 40 „ G. M.	95.—	96.—	Währ.
Nieder-Österreich zu 5%	88.—	89.—	Bar.	Süd.-nordb. Verb.-B. 200	131.—	131.50	Währ.	Eisenhapp „ 40 fl. d. W.	37.50	38.—	Währ.
			Bar.	Süd. Staats- lomb.-ven. u. Centr.			Währ.	Salz			Währ.
			Bar.	ital. Gl. 200 fl. d. W. 500 fr.			Währ.				Währ.
			Bar.	m 180 fl. (90%)	268.—	270.—	Währ.				Währ.

Effekten- und Wechsel-Kurse	
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.	
Den 24. Jänner 1863.	
Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 75.60	Silber . . . . . 114.—
5% Nat. Anl. 82.20	Lomb. n. . . . . 115.50
Bankaktien . . . 824	R. f. Dufaten . . . 556
Kreditaktien . . . 238.10	

Lottoziehung vom 24. Jänner.  
Ziehung: 25 46 73 53 24.

## Fahrordnung

der  
Büge der k. k. Südbahn-Gesellschaft  
vom 1. Mai 1862 bis auf Weiteres.

a) Züge zwischen Laibach und Wien.			
In der Richtung nach Wien.			
Laibach Abfahrt Nachm.	1 Uhr 9 M.	n. Nachts	12 Uhr 57 M.
Steinbrück	3 „ 26 „	Früh	3 „ 12 „
Gill	4 „ 16 „	„	4 „ 1 „
Pragerhof	5 „ 54 „	„	5 „ 39 „
Marburg	6 „ 50 „	„	6 „ 15 „
Graz	8 „ 55 „	„	8 „ 34 „
Bruck a. M.	10 „ 42 „	„	10 „ 23 „
Neustadt	Früh 3 „ 34 „	Nachm.	3 „ 34 „
Wien Ankunft	5 „ 17 „	„	5 „ 24 „

In der Richtung von Wien.			
Wien Abfahrt Vorm.	9 Uhr 30 M.	n. Abends	9 Uhr 30 M.
Neustadt	11 „ 27 „	„	11 „ 28 „
Bruck a. M.	Nachm. 4 „ 38 „	Früh	4 „ 23 „
Graz	6 „ 31 „	„	6 „ 16 „
Marburg	Abends 8 „ 46 „	„	8 „ 30 „
Pragerhof	9 „ 22 „	„	9 „ 6 „
Gill	11 „ 1 „	„	10 „ 45 „
Steinbrück	11 „ 47 „	„	11 „ 32 „
Laibach Ankunft Früh	2 „ 1 „	Mittags	1 „ 46 „

b) Züge zwischen Laibach, Triest und Venedig.			
Laibach Abfahrt Früh	2 U. 11 M.	Nachm.	2 U. 7 M.
Adelsberg	4 „ 38 „	„	4 „ 34 „
Nabresina	7 „ 32 „	„	7 „ 29 „
Triest Ankunft	8 „ 15 „	Abends	8 „ 12 „
Nabresina Abf.	Früh 7 „ 55 „	„	9 „ 50 „
Venedig Anf.	Nachm. 3 „ 6 „	Früh	4 „ 30 „

In der Richtung von Venedig, Triest und Laibach.			
Venedig Abf. Abends	11 U. — M.	n. Vorm.	11 U. — M.
Nabresina Anst.	Früh 6 „ 26 „	„	6 „ 56 „
Triest Abfahrt	6 „ 45 „	„	6 „ 45 „
Nabresina	7 „ 48 „	„	7 „ 46 „
Adelsberg	10 „ 26 „	„	10 „ 8 „
Laibach Anf.	Mittags 12 „ 49 „	Nachts	12 „ 47 „

Der Güter Nr. 2 geht jeden Montag und Donnerstag von Wien nach Triest und jeden Mittwoch und Samstag von Triest nach Wien.			
Wien erfolgt Früh 6 U. 30 M.	Triest Abf. Früh 6 U. 30 M.		
Graz Mittag 12 „ 31 „	Laibach „ 10 „ 51 „		
Gill Abends 3 „ 39 „	Gill „ Mts. 1 „ 6 „		
Laibach „ 5 „ 44 „	Graz „ Abds. 4 „ 13 „		
Triest Anf. Abds. 9 „ 59 „	Wien Anf. „ 9 „ 54 „		

c) In der Richtung von Steinbrück - Sissef.			
Abfahrt von Laibach 1 Uhr 9 Min.	Nachmittags, Ankunft		
in Steinbrück Nachmittags 3 Uhr 22 Min.			
Abfahrt von Steinbrück Nachm. 4 U. 25 M.	Ankunft		
in Agram um 6 Uhr 59 Min.			
Abfahrt von Agram um 7 Uhr 14 M.	Ankunft in Sissef		
um 8 Uhr 45 M. Abends.			
In der Richtung von Sissef - Steinbrück.			
Abfahrt von Sissef Früh 6 Uhr 30 Min.	Ankunft in		
Agram um 8 Uhr 1 Min.			
Abfahrt von Agram um 8 Uhr 16 Min.	Ankunft in Stein-		
brück um 10 Uhr 50 Min.			
Abfahrt von Steinbrück 11 Uhr 32 Minuten.	Ankunft in		
Laibach 1 Uhr 46 Min. Nachm.			

**Fremden-Anzeige.**  
Den 23. Jänner 1863.  
Hr. Friedl, Ingenieur, von Klagenfurt. — Hr. Munster, Kaufmann, von Verona. — Hr. Rosenthal, Kaufmann, von Buchau. — Hr. Weiß, Optiker, von Agram. — Hr. Goryup, Fabrikant, Görz. — Hr. Fortuna, Kaufmann, von Gottschee. — Hr. Kunstel, Postbeamte, von Pittau. — Hr. Berger, Handelsmann, von Olbniz. — Die Herren: Pollak, und — Uemberger, Handlungsreisende, von Wien.

3. 182. (3) Nr. 180.  
**E d i t.**  
Vom k. k. Bezirksamt Radmannsdorf, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Exekutionsführers Anton Pospichal, Handelsmann von Schischka, durch dessen Bevollmächtigten Herrn Albert von Kapus, von Steinbrück, gegen Johann Lomsche von Belers, pelo. 236 fl. 26 1/2 kr. c. s. c., die mit dem Bescheide des 21. Oktober 1862, 3. 3711, auf den 24. Jänner l. J. angeordnete exekutive Realfeilbietungstagsabzug als abgethan erklärt und zu der auf den 24. Februar und 24. März l. J. im Gerichts- sige angeordneten Realfeilbietung geschritten werden wird.  
R. k. Bezirksamt Radmannsdorf, als Gericht, am 18. Jänner 1863.

3. 151. (8)  
**Eingefendet.**  
In 9 Tagen erfolgt die Ziehung der Graf St. Genois-Lose; dieses Anleihen ist mit Gewinnen von 73,500 fl., 52,500 fl., 21,000 fl. etc. und in Summe mit 9,264,402 fl. ausgestattet. Jedes Los muß mindestens 68 fl. 25 kr. gewinnen. Die Ziehungen erfolgen zwei Mal des Jahres, und da gegenwärtig unerklärlicherweise der Preis noch unter dem Paricours, so ist es wohl jetzt noch angezeigt, diese günstige Chance zu benutzen.  
Derart Lose sind im Originale nach dem Tageskurse, und zum Spiele bloß für die Ziehung am 3. Februar mittelfst Promessen a 3 fl. und 50 kr. Stempel zu haben bei  
Joh. C. Sothen in Wien, Stadt Nr. 420.

3. 179. (3)  
**Die Ölsabrik in Steinbrück offerirt Lein- und Nepsfuchen laut tiefer bemerkten Preisen.**  
Bei den hohen Preisen von Heu konveniren Leinfuchen als Mastfutter und wesentlich wegen Mehrgewinnung von Milch und Butter vorzüglich.  
Nepsfuchen hingegen sind als ein Kraft- düngungsmittel besonders bei Flachs, Kartoffeln, Rüben und anderen Cerealien nicht genug anzupfehlen und ist der Export aus Oesterreich nach dem Auslande in Nepsfuchen enorm.  
Die Auchen werden in ganzen Scheiben oder auch verkleinert in Waggons ledig oder auch in Säcken verladen, wels letztere jedoch von den Herrn Bestellern franko Bahnhof Steinbrück gestellt werden müssen.

Leinfuchen	pr. W. Netto-	fl. 4	ab
	Zentner		
Nepsfuchen	pr. W. Netto-	fl. 2 1/2	Stein-
	Zentner		brück.

Anträge werden entweder direkte an die Fabrik oder an Herrn Joh. Alf. Hartmann in Laibach, Schuster-gasse Nr. 170, erbeten.  
(Irrthümlich wurde in den 2 vorhergegangenen Inseraten der Preis der Nepsfuchen statt fl. 2 1/2 mit fl. 3 1/2 angesetzt.)

3. 180. (3)  
**Durch die Jahrmarktstage werden im Coliseum verschiedene Roßen verkauft.**

3. 191. (1)  
**An die Gläubiger der Joh. Wölfling'schen Vergleichsmassa in Laibach.**  
Vom gefertigten k. k. Notar, als aufgestellten Leiter der Vergleichsmassa Johann Wölfling in Laibach werden alle jene, welche aus welsch immer für einem Rechtsgrunde bei der gedachten Vergleichsmassa eine Forderung zu erfuchen haben hiemit aufgefordert, solche bei ihm bis zum 1. März 1863 so gewiß schriftlich anzumelden, als sie sonst, im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte von der Befriedigung aus allem der Ausgleichsverhandlung unterliegenden Vermögen, in soferne ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind ausgeschlossen werden, und den in den §§. 35, 36, 38 und 39 der kais. Verordnungs vom 17. Dezember 1862 bezeichneten Folgen unterliegen werden.  
Laibach am 22. Jänner 1863.  
Dr. Orel,  
k. k. Notar- und Vergleichsmassaleiter.

3. 150. (8)  
Schon 9 Tagen, das am 3. Februar d. J., erfolgt die Ziehung der  
**Graf St. Genois 42 n. Lose.**  
Dieses Anleihen ist mit Gewinnen von Gulden 73,500—52,500—21,000 etc. etc., und so herab bis 68 fl. 25 kr. ausgestattet.  
Jedes Los muß mit mindestens 68 fl. 25 kr. verlost werden.  
Derart Lose verkauft im Originale genau nach Tageskours, und zum Spiel für die Ziehung am 3. Februar d. J. mittelfst Promessen, dem Gesetze entsprechend, mit 56 kr. Stempel versehen, mit 3 fl. 50 kr.  
**Joh. C. Sothen in Wien,**  
Großhändler und Wechsel, Stadt, am Hof 420  
Bei geneigten auswärtigen Aufträgen wird um gefällige frankirte Einsendung des Betrages, und um Beischließung von 30 Nkr. für frankirte Zusendung der Ziehungsliste feinerzeit ersucht.  
Derart Lose sind in allen Wechselstuben und Losverschleißorten zu haben.

3. 2138. (26)  
**Anzeige.**  
In Fagogna, acht Meilen von Udine entfernt, liegen ungefähr Zehntausend gepelzte, mit hohen Stengeln und den schönsten Blättern versehene  
**Maulbeerbäume**  
zu den mäßigsten Preisen vorrätig.  
Wer solche zu kaufen wünscht, wolle sich an den Gefertigten oder an seinen Agenten im Orte selbst, oder in Udine (Borgo San Bortolomio) wenden.  
**Jakob Ermacora.**